



links und lebendig

Jusos

in der Ulmer SPD



Rote Kraft nach links!

Arbeitsprogramm der Ulmer Jusos für den Zeitraum Januar 2007 bis Januar 2008

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Inhaltliche Arbeit | 4 |
| 2.1. Wirtschaftspolitik | 4 |
| 2.2. Arbeitspolitik | 5 |
| 2.3. Sozialpolitik | 6 |
| 2.4. Aus/Bildungspolitik | 7 |
| 2.5. Gleichstellung | 8 |
| 2.6. Umweltpolitik | 9 |
| 2.7. Armutspolitik | 10 |
| 2.8. EU und Internationales | 11 |
| 3. Mitgliedergewinnung | 12 |
| 3.1. Mitgliederwerbung und Mitgliedergewinnung | 12 |
| 3.2. Öffentlichkeitsarbeit | 13 |
| 4. Praxisprojekte | 14 |
| 4.1. Gleichstellung | 14 |
| 4.2. Infostände und Flyer | 14 |
| 4.3. Gewerkschaften | 14 |
| 4.4. Studiengebühren | 15 |
| 4.5. Juso-Fortbildungsseminare | 15 |
| 4.6. Aktion zum Umweltschutz | 16 |
| 4.7. Welt-Aids-Tag | 17 |
| 4.8. Zentrum für Folteropfer | 17 |
| 4.9. Kommunale Ortsbegehungen | 17 |
| 5. Bündnisse und Zusammenarbeit | 17 |
| 6. Wahlen | 18 |
| 6.1. Kommunalpolitik | 18 |
| 6.2. OB-Wahl Dezember 2007 | 18 |

1. Einleitung

In Berlin regiert die Große Koalition, die trotz großer Mehrheit im Parlament in der Bevölkerung wenig Rückhalt für ihre Politik findet. Denn trotz einer Außenhandelsbilanz auf Weltspitzenniveau und hohen Wachstumszahlen in der Exportwirtschaft sind knapp fünf Millionen Menschen in Deutschland ohne Arbeit und müssen von einem extrem niedrigen Unterstützungsgeld leben. Doch auch wer Arbeit hat muss sich oft genug mit einem stagnierenden oder sogar sinkenden Reallohn trotz immer längerer Arbeitszeit begnügen. Gleichzeitig wird noch gefordert, die Bürgerinnen und Bürger immer mehr der Kosten, die im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter anfallen selbst zu tragen. Viele Menschen blicken zunehmend pessimistisch in die Zukunft angesichts einer immer unsicherer und unetiger werdenden Arbeitswelt. Obwohl unsere Wirtschaft vom weltweiten Freihandel profitiert wie kaum eine andere, sehen viele die „Globalisierung“ genannte Liberalisierung des Welthandels als Bedrohung. Dies hängt zusammen mit der Angst, der eigene Arbeitsplatz könne ins Ausland „abwandern“, wo Millionen von Arbeitnehmern für Billiglöhne die eigene Arbeit machen könnten.

Wir erleben eine Zeit in der Rohstoffe knapp werden, in der reiche Staaten ihre Wirtschaftsmacht gezielt nutzen, um an die Rohstoffe zu gelangen, oder sie sogar mit militärischer Gewalt unter verschiedensten Vorwänden an sich reißen wollen. Andererseits nutzen Staaten ihre Rohstoffe, um andere Länder gezielt zu erpressen und höhere Preise oder bestimmte politische Entscheidungen zu erzwingen. Die Tendenz der Wirtschaftsmächte, die Länder des Südens oder des Nahen Ostens als „Tankstellen“, die ihren Sprit billig anzubieten haben, um die eigene Wirtschaft zu schmieren, anzusehen, und die ungleiche Verteilung des Erlöses aus dem Rohstoffhandel, hat bei vielen Menschen dort zu zunehmender Perspektivlosigkeit und Frustration geführt. Dies ist der Nährboden, auf dem Hass und Extremismus gedeihen können. Entlädt sich dieser, begegnen die Opfer diesem ebenfalls mit Gewalt. Daraus sind Konflikte in diesen Regionen entstanden, die schon jahrelang andauern und bei denen oft ein Ende in weiter Ferne zu sein scheint.

Die Perspektivlosigkeit und die Zukunftsangst, die auch in Deutschland um sich greifen haben auch hier radikalem Gedankengut, gleich ob rechts oder links, den Weg geebnet.

In Berlin regiert die Große Koalition, die mit Rezepten diesen Problemen Herr zu werden sucht, die schon seit mehreren Jahrzehnten erfolglos angewendet werden, doch trotzdem immer noch propagiert werden.

Wir, als junge Kraft in unserer Partei wollen neue Konzepte mitentwickeln, die in wirkliche Reformen umgesetzt werden können. Wir wollen den Menschen wieder mehr Sicherheit bei der Lebensplanung geben, aber auch mehr Selbstbestimmung ermöglichen. Wir wollen eine gerechte Verteilung der volkswirtschaftlichen Erträge. Mit uns sollen Ausgrenzung und Benachteiligung, aus welchen Gründen auch immer, keine Zukunft haben. Jeder Mensch soll das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit und solidarische Hilfe durch die Gesellschaft haben. Wir wollen eine Modernisierung der Arbeitswelt wie in der gesamten Gesellschaft. Dabei ist der Demokratische Sozialismus mit den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unsere Leitidee.

2. Inhaltliche Themen

2.1. Wirtschaft

Unser Anspruch ist es, einen Beitrag dazu zu leisten, dass unsere Wirtschaft ihre Leistungsfähigkeit nicht nur erhält sondern noch erhöht. Gleichzeitig bestehen wir darauf, dass jede Bürgerin und jeder Bürger ihren oder seinen gerechten Anteil an dem erhält, was erwirtschaftet wurde.

Auch angesichts einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft sehen wir die Politik nicht als machtlos gegenüber wirtschaftlichen Problemen. Vielmehr konstatieren wir, dass unsere Volkswirtschaft zu den wettbewerbsstärksten, und damit handlungsfähigsten der Welt zählt.

Wir wollen nun inhaltliche Alternativen zur momentan vorherrschenden, doch wenig erfolgreichen Angebotstheorie unterstützen, und wenn möglich erarbeiten. Es gilt Konzepte zu erstellen, wie die außenwirtschaftliche Stärke genutzt werden kann, um den Wohlstand der Menschen zu vergrößern. Ein komplett neues Instrumentarium muss dazu nicht erfunden werden. Modelle wie die antizyklische Wirtschaftsförderung und forcierte Verteilungsgerechtigkeit können weiterhin erfolgreich wirken, wenn sie im erforderlichen Maß eingesetzt werden. Impulse dazu wollen wir geben. In Zeiten von stagnierenden oder gar sinkenden Reallöhnen müssen wir für eine gerechte,

d.h. verteilungsneutrale Lohngestaltung (Lohngestaltung ergibt sich aus Inflation und Produktivität) entstehen. Wir wollen deutlich machen, dass entgegen der Meinung einiger „Ökonomen“ uns die Arbeit nicht ausgeht. So bergen zum Beispiel die Bereiche Umweltschutz angesichts immer noch starker Belastungen und Pflege angesichts einer alternden Gesellschaft große Arbeitsmarktpotentiale. Deshalb halten wir auch weiterhin am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Wir wollen Impulse liefern für ein gerechtes Steuersystem, mit dem die Leistungen des Staates auch künftig finanziert werden können.

Es ist für uns klar, dass nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in den Vorstandsetagen Entscheidungen gefällt werden, die eine große Zahl Menschen direkt betreffen. Wir wollen deshalb Konzepte erarbeiten, mit denen die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben deutlich gestärkt wird und so unsere Wirtschaft und deren Entscheidungsprozesse demokratischer gestalten.

2.2 Arbeit

Arbeit soll mehr sein, als die persönliche Investition von Zeit und Kraft zwecks Broterwerbs. Jede/r soll sein Erwerbsleben so gestalten können, dass es den eigenen Vorstellungen entspricht. Arbeit soll in erster Linie der Selbstverwirklichung, nicht nur der Schaffung von Gütern oder Dienstleistungen für andere dienen. Natürlich kann der Staat nicht für jede und jeden den individuellen Wunsch-Arbeitsplatz bereitstellen. Wir wollen aber Ideen und Konzepte entwickeln, die die Qualifikation der Menschen auf hohem Niveau erhalten und über verbesserte Weiter- und Fortbildungsangebote jeder und jedem ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglichen. Da aber Arbeit doch zu einem Teil dem Erhalt oder Ausbau des Lebensstandards dient, muss durch den Gesetzgeber ein hohes Maß an Planungssicherheit gewährleistet werden. Wir stehen deshalb für einen Ausbau des Kündigungsschutzes ein. Wir stehen dafür, dass durch den Staat die Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen Kinder, bzw. ein Familienleben und gleichzeitige Erwerbstätigkeit (siehe auch Punkt „Gleichstellung“) in vollem Maße vereinbar sind. Andererseits muss aber auch nach längerer Erziehungspause eine Rückkehr ins Berufsleben, ggf. nach einer Re-Qualifizierung reibungslos möglich sein. Auch nach Weiter- und/oder Fortbildungspausen muss eine Rückkehr ins Erwerbsleben problemlos möglich sein. Wir wollen einer Prekarisierung entschieden entgegenwirken, denn Unsicherheit, vor allem im Erwerbsleben, bedeutet vor allem Unfreiheit.

2.3. Sozialpolitik

Die Diskussion über den deutschen Sozialstaat ist hochaktuell. Immer wieder fordern Arbeitgeber, Politiker (auch der SPD) oder Wirtschaftsliberale einen Abbau der Sozialleistungen. Häufig jedoch geht es ihnen nicht nur um den Abbau des Sozialstaats sondern um einen Kahlschlag mit verheerenden Folgen.

Der Sozialstaat hat sich seit über 120 Jahren kontinuierlich erweitert. Als letzter Punkt wurde die Pflegeversicherung im Jahre 1995 eingerichtet. Der Sozialstaat, der durch das Grundgesetz mit einer Ewigkeitsklausel festgeschrieben ist, soll bei einem Unfall, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit oder Armut den Menschen Sicherheit geben.

Für uns Jusos ist klar, dass in allen Punkten der Sozialpolitik Solidarität vor Egoismus steht. Jeder soll sich im Staat dafür einsetzen, dass sich kein neoliberales System in der Sozialpolitik durchsetzt. Jede/r einzelne soll deshalb in Abhängigkeit des Einkommens, und nicht pauschal, für soziale Leistungen des Staates aufkommen. Wir wollen innerhalb unseres Verbandes und unserer Partei darauf hinwirken, dass weiterhin klar bleibt, dass der Sozialstaat mehr leisten muss, als ein nur einen Minimalstandard zu sichern.

Doch genau die von uns eingeforderte Solidarität wird aktuell häufig untergraben. Deshalb kritisieren wir auch die jetzt vorliegende Fassung der Gesundheitsreform in weiten Teilen. Auch eine Reform der Pflegeversicherung, die ebenfalls in naher Zukunft erarbeitet werden soll, werden wir kritisch beobachten. Es soll nicht wie in Ländern, zum Beispiel in den USA oder Großbritannien, sein, dass in Notsituationen die Menschen sehr schnell alleine gelassen werden. Die skandinavischen Länder beweisen: Ein starker Staat, der sich für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger einsetzt, ist mit langfristiger wirtschaftlicher Prosperität vereinbar.

Fortschrittliche Sozialpolitik beginnt für uns bei der Förderung von Bildung und Erziehung Kleinstkinder und reicht bis zur Pflege im hohen Alter. Ein starker Sozialstaat ist Garant für eine hohe Sicherheit der Bürger in allen Lebenslagen.

Die Ulmer Jusos wollen im Arbeitsjahr 07/08 durch Bündnisarbeit alle Formen unseres vielschichtigen Sozialsystems kennen lernen und Alternativen für unsolidarische Reformwerke anbieten. Gleichzeitig wollen wir im Zuge der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm uns daran beteiligen, welche Rolle der „vorsorgende Sozialstaat“ unserer Meinung nach im gesamten Sozialstaatsmodell einnimmt.

2.4. Aus-/ Bildungspolitik

Eine qualifizierte schulische Ausbildung hat auf dem heutigen Arbeitsmarkt einen immer höheren Stellenwert. Wer mit einem guten oder sogar sehr guten Schulabschluss ins Berufsleben startet, hat eine höhere Chance auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Dass jungen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Umfeld die Chance auf eine solche hoch qualifizierte Schulbildung geboten wird, ist uns Ulmer Jusos besonders wichtig. Deshalb halten wir es im Zuge der Chancengleichheit für unentschuldig, dass Bildung immer mehr privatisiert wird.

Daher werden wir uns weiterhin für stärkere Förderung der Bildung durch den Staat einsetzen. Dazu gehört die vermehrte Einrichtung von öffentlichen Ganztageseschulen. Diese sollen nicht nur die schlechteren Schüler mehr fördern, sondern auch bessere Schüler ausreichend fordern. Dabei soll jedoch auch die individuelle Entfaltung eines jeden Schülers im Vordergrund stehen, die durch Verkleinerung der Klassen und mithilfe von AGs möglich gemacht wird. Wichtig ist uns auch eine individuelle Bewertung des Schülers, die seine Stärken und Schwächen detaillierter aufzeigt.

Im kommenden Arbeitsjahr wollen wir auch die Überlegungen des vergangenen Arbeitsprogramms aufgreifen, welche das Überdenken des bestehenden Schulsystems in Deutschland betrafen. Eine Orientierung an skandinavischen Ländern und die Ergebnisse einer inhaltlichen Diskussion wollen wir weiterführen und konkretisieren. Dabei wollen wir im Sinne der grundlegenden Chancengleichheit sozialer Selektion mit einer Aufhebung des bestehenden dreigliedrigen Schulsystems entgegentreten. Des Weiteren wollen wir, dass den SchülerInnen schon früh ermöglicht wird, selbstbestimmt und zielgerichtet zu lernen. Dazu muss der Staat die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Für uns Ulmer Jusos steht nicht die Bewertung der Lehrer von außerhalb im Vordergrund, sondern der Einfluss, den die Schüler selbst auf ihren Unterricht haben sollten. Wir setzen uns daher für mehr Mitbestimmungsrechte der Schüler, was den grundlegenden Aufbau ihres Unterrichts und die Art des Unterrichtens angeht, ein.

Weiterhin ist uns auch ein Vorgehen gemeinsam mit der Juso-Hochschulgruppe und gegen die weitere Einführung und Beibehaltung von Studiengebühren wichtig. Diese

lehnen wir grundsätzlich ab, damit das Erlangen eines qualifizierten Abschlusses für jeden möglich und vom Staat unterstützt bleibt.

Beibehalten wollen wir ebenfalls die Forderung nach einer gesetzlichen_Ausbildungsplatzumlage, die gut gestellte Unternehmen wieder mehr der Verantwortung für Auszubildende unterzieht. Dabei befürworten wir außerdem das duale Ausbildungssystem, sind jedoch für eine Verbesserung der Bedingungen und Perspektiven des zweiten Bildungsweges.

2.5. Gleichstellung

Als feministischer Jugendverband in der SPD wollen wir uns weiterhin stark in der Gleichstellungspolitik positionieren. Dabei ist für uns Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern nur durch absolute Gleichstellung zu erreichen. Dass in diesem Sinne Frauen bei Löhnen und Gehältern nicht benachteiligt werden dürfen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Um dies besser kontrollieren zu können, fordern wir mehr Transparenz bei den Löhnen, sodass ein besserer Vergleich möglich wird.

Aber auch dort wo Entscheidungen gefällt werden, nämlich in Wirtschaft, Politik, muss eine gleichstarke Vertretung beider Geschlechter angestrebt werden. In den dortigen Gremien werden tagtäglich Entscheidungen gefällt, welche weitreichende Konsequenzen für viel haben. An diesen Entscheidungen sind Frauen bisher nur ungenügend beteiligt. Hier gilt es, für eine Stärkung der Rolle der Frau in Politik und Wirtschaft einzutreten.

In allen Berufsbereichen müssen Förderungsprogramme für Frauen beibehalten bzw. ausgeweitet werden. Es müssen Vorurteile bezüglich typischer „Männer- und Frauenberufe“ vollständig abgebaut werden.

Wir stehen dafür, dass Frauen nach der Schwangerschaft und der Erziehung in jedem Beruf die Möglichkeit haben, wieder in das Berufsleben voll einzusteigen.

Für Frauen sollten berufliche Selbstverwirklichung und Kinder keine Widersprüche darstellen. Das Kinderkriegen muss im Zuge des demographischen Wandels wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft einnehmen. Das heißt jedoch nicht, dass die Schuld an der momentanen Situation allein bei der Frau gesucht werden darf. Die Verantwortung für die Kindererziehung liegt bei Frauen und Männern in gleichem Maße. Aber wir stellen fest, dass bei vielen Männern ein Bewusstseins-

wandel hinsichtlich der eigenen Rolle in der Kindererziehung und -Versorgung, aber nicht nur in finanzieller Weise, stattfinden muss.

Wir wissen, dass wirkliche Gleichberechtigung einhergehen muss mit Unabhängigkeit, vor allem im wirtschaftlichen Sinne. Wir wollen also dafür eintreten, dass der Staat Bedingungen schafft, die es beiden Geschlechtern ermöglichen, während und nach auch mehrjährigen Erziehungspausen wirtschaftlich möglichst selbstständig leben zu können. Dazu gehören einerseits kostenfreie, ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote, andererseits aber auch rein finanzielle Unterstützung.

2.6. Umweltpolitik:

Als Jugendorganisation in der SPD sehen wir Ulmer Jusos uns zunehmend mit Problemen konfrontiert, die das ökologische Gleichgewicht unserer Erde betreffen und sich zum Teil schon jetzt in unserem täglichen Leben bemerkbar machen. Weil wir Diejenigen sind, die mit Veränderungen des Klimas und daraus resultierenden extremen Wetterbedingungen bis hin zu Naturkatastrophen in Zukunft leben müssen, wollen wir der Umweltpolitik große Bedeutung zumessen und uns mit aktuellen Problemstellungen, wie auch seit langem scheinbar unlösbaren Problemen auseinandersetzen.

Wir stehen weiterhin für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung sowohl fossiler, als auch nuklearer Energiequellen ein. Dies wollen wir erreichen, weil Atomkraftwerke äußerst gefährlich für uns alle sind, sie reichlich radioaktiven Müll produzieren, hohe Instandhaltungskosten verursachen und eine hohe gesundheitliche Belastung für deren Mitarbeiter darstellen. Des Weiteren befürworten wir den Ausbau regenerativer Energiequellen, auch weil für uns die Nutzung regenerativer Energiequellen ein großes Potential für den Arbeitsmarkt darstellt.

Wir wollen dafür wirken, dass in der Landwirtschaft und der Industrie auf regenerative Energiequellen und ökologisch sinnvolle Anbau- bzw. Produktionsverfahren umgestellt wird.

Wir Ulmer Jusos wollen uns dafür einsetzen, dass in sämtlichen Lebens- und Produktionsbereichen der Ausstoß umweltschädlicher Stoffe verringert wird, damit unter Anderem der drohende Klimawandel abgeschwächt bzw. abgewendet werden kann.

Des Weiteren wollen wir den klassischen Umweltschutz politisch unterstützen.

2.7. Armut

Als im Juli des vergangenen Jahres die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gesellschaft im Reformprozess“ veröffentlicht wurde, war der Aufschrei in Politik und Gesellschaft gewaltig: Unglaublich, dass jeder zehnte Deutsche direkt von Armut betroffen ist, und dass eine noch größere Zahl an Menschen stets in der Befürchtung in Armut abzurutschen lebt.

Die Debatte über Gründe und über mögliche Ansätze in der Politik war nicht von langer Dauer. Zuzugeben, dass es im eigenen Land Armut gibt, tut allen weh und ist unbeliebt. Um die bestehende Armut, die sehr differenziert und kompliziert ist, zu bekämpfen, ist ein Patchwork aus verschiedenen einzelnen Maßnahmen erforderlich:

- Wir Jusos fordern, dass Armutspolitik mehr ist als eine Politik für die Mittelschicht. Die Armutspolitik orientierte sich schon seit langem an der „neuen Mitte“ der Gesellschaft, wie es unter Rot-Grün hieß. Arbeitslose, 1-Euro-Jobber oder Geringverdiener fallen hier schon lange aus dem Fokus heraus. Jedoch benötigen gerade Millionen von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen stärkere Hilfe, z.B. durch Subventionen bei der Krankenversicherung oder bei der Altersvorsorge. Aktuelles Beispiel für eine Politik, die ausgrenzt, ist das neueingeführte Elterngeld: Akademikerinnen und Verdienende profitieren davon, Arbeitslose und Geringverdiener werden jedoch benachteiligt. Solidarität mit Armen in der Gesellschaft sieht für uns anders aus.
- Für uns ist es eine bessere Bildungspolitik ein wichtiger Schritt, um nachhaltig gegen Armut vorzugehen (siehe oben): Unser jetziges Bildungssystem ist hochgradig unsozial, dies muss dringend geändert werden.
- Armutspolitik ist ein ressortübergreifende Angelegenheit: Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik müssen mehr Rücksicht nehmen, und einen längerfristigen Aktionsplan gegen Armut starten.

Da dieses Thema von Politikern aus unserer Partei weiterhin verdrängt wird, wollen wir Jusos dieses Thema inhaltlich und praxisbezogen behandeln, damit Armutspolitik einen größeren Stellenwert in der Politik erlangt. Grundvoraussetzung dafür ist, dass

Armut auch von Amts- und MandatsträgerInnen wahrgenommen wird. Daran wollen wir ebenfalls mitwirken.

2.8. EU & Internationales

Wir als Jusos sind dafür, dass sich die EU vor allem in sozialer Hinsicht weiterentwickelt, und dagegen dass marktliberale Ideologien unsere Verfassung bestimmen. Aus diesem Grunde möchten wir all diejenigen unterstützen, die sich gegen die Übernahme der EU-Verfassung, in der aktuellen Form engagieren. Vielmehr setzen wir uns dafür ein, dass sich Europa eine Verfassung gibt, die die Grundrechte und sozialen Standards einheitlich und auf hohem Niveau sicherstellt. So kann u.a. verhindert werden, dass weiterhin Arbeitnehmer und Finanzministerien einzelner Staaten gegeneinander ausgespielt werden können.

Wir sprechen uns gegen eine Aufnahme von Ländern in die EU aus, die nicht alle EU-Auflagen in ihre Gesetzgebung aufgenommen haben und auf absehbare Zeit vollständig praktizieren.

Wir wollen anmahnen, dass Deutschland sich wieder auf seine Stärke besinnt, mit zivilen Methoden in Krisenregionen viel erreichen zu können. Diese Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln könnte noch erfolgreicher sein, wenn dabei die EU einheitlich und mit gebündelten Kräften interveniert (wie sie es bereits unter Beweis gestellt hat). Außenpolitik mit dem Einsatzmittel Bundeswehr zu betreiben lehnen wir weiterhin ab.

Wir stehen dafür, dass die Bundesregierung den außenpolitischen Grundsatz „keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete exportieren“ ernster nimmt als die Vorgängerregierungen. Auch unterstützen wir die Forderung der Friedensbewegung, dass Deutschland keine wehrtechnischen Entwicklungszusammenarbeiten mit Ländern in Kriegs – und Krisengebieten mehr betreibt. So gehört z.B. Israel zu den Krisengebiets-Staaten, mit dem Deutschland sehr viel wehrtechnische Entwicklungszusammenarbeit betreibt.

Es ist für uns auch inakzeptabel, dass sich die reichen Industriestaaten dagegen sträuben Waren aus ärmeren Ländern zu fairen Preisen anzunehmen. Dem wollen wir entgegenwirken.

So lange internationale Organisationen nicht selbst demokratisch organisiert sind, sind sie sehr unglaubwürdig, wenn sie wieder mal die Demokratisierung anderer

Länder fordern. Wir fordern deshalb, dass alle internationalen Organisationen demokratisch (nach dem Prinzip „ein Staat – eine Stimme“) organisiert werden. Ein Beispiel dafür ist der Internationale Währungsfonds.

Seine Aktivitäten werden zu recht als ideologisch, extrem marktliberal und einseitig kritisiert. Die Zahl der Stimmen werden für jedes Land nach einer Formel berechnet in die fünf wirtschaftliche Faktoren eingehen (Höhe des Bruttosozialproduktes, Höhe der Devisenreserven, das Maß der Einbindung in den Welthandel u.a.).

Eine Demokratisierung der internationalen Organisationen voranzutreiben heißt eine gerechtere Weltordnung zu schaffen, in der Welthandel fairer, ökologischer und unter Einbindung auch der Entwicklungsländer gestaltet wird. Auch die Organisationen selber können davon nur profitieren, da ihre Akzeptanz und Legitimation steigen werden.

3. Mitgliedergewinnung

3.1. Mitgliederwerbung und Mitgliederpflege

Im Gegensatz zu anderen Kreisverbänden des Landesverbandes steht der Kreisverband Ulm hinsichtlich der Mitgliederzahlen gut da. Jedoch spüren auch wir bei Jugendlichen die geringe Bereitschaft sich politisch zu engagieren. Deshalb wollen wir im kommenden Jahr die Mitgliederwerbung zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen. Denn ohne aktive Mitglieder ist die Arbeitsfähigkeit des Kreisverbandes massiv gefährdet.

Bei der Mitgliedergewinnung hängt Alles mit Allem zusammen: Grundvoraussetzung der Mitgliederwerbung ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit (siehe Öffentlichkeitsarbeit). Wenn wir nicht in der Öffentlichkeit präsent sind, werden wir es auch nicht schaffen junge Menschen für eine Juso-Mitgliedschaft zu motivieren. In der Öffentlichkeit werden wir jedoch nur wahrgenommen, wenn wir ansprechenden und provokanten Themen eine Plattform bieten. Durch Praxisprojekte oder gute inhaltliche Arbeit wollen wir das erreichen.

Wir wollen schwerpunktmäßig Mädchen, bzw. junge Frauen für unsere Arbeit gewinnen. Neben generellen Mitgliedermangel konstatieren wir besonders einen Mangel an Frauen. Als feministischer Jugendverband wollen wir dafür sorgen, dass mehr Frauen für politische Partizipation gewonnen werden.

Der Kreisvorstand plant für jedes neue Mitglied der Ulmer Jusos eine Neumitgliedermappe zu erstellen. Diese soll Informationen über die Jusos enthalten, um den Einstieg in die aktive Arbeit bei den Jusos zu beschleunigen. Auch soll das Mentorenprogramm fortgeführt werden, um ebenfalls die bestehende Schwelle zur aktiven Arbeit zu hemmen.

Darüber hinaus besteht die Absicht an jedes passive SPD-Mitglied unter 35 im Kreisverband Ulm einen persönlichen Brief zu schicken, der über unsere Arbeit und kommende Termine informieren soll. Dieser Brief soll potentielle MitstreiterInnen motivieren sich bei den Ulmer Jusos einzubringen.

Um Mitglieder nicht zu verlieren, versuchen wir auch im kommenden Jahr alle aktiv in die Arbeit der Jusos einzubinden. Dies kann durch die Übernahme der Organisation von Praxisprojekten und das Erarbeiten von Anträgen zu inhaltlichen Schwerpunkten geschehen. Auch Aktivitäten neben der politischen Verbandsarbeit werden im kommenden Arbeitsjahr fortgesetzt. Bestandteil dieser Aktivitäten werden unser Sommerfest, die Weihnachtsfeier und verschiedene Kinobesuche sein.

3.2. Öffentlichkeitsarbeit

- Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit über die Presse wollen wir beibehalten. Wir wollen durch verstärkte Kommunikation mit der Presse stärker auf unsere Aktionen aufmerksam machen, damit unsere Pressemitteilungen veröffentlicht werden.
- Um die Jugend stärker in die Politik einzubinden, wollen wir gezielt auf Jugendliche zugehen und dabei auch versuchen mit anderen Jugendverbänden in Kontakt zu kommen, um diese auf unsere Projekte aufmerksam zu machen. Wir hoffen bei den Jugendlichen dadurch wieder mehr Interesse für die Politik wecken zu können.
- Weiterhin wollen wir unsere Homepage www.ulmer-jusos.de regelmäßig aktualisieren und auf dem neuesten technischen Stand halten.

4. Praxisprojekte

4.1. Gleichstellungsaktion

Um öffentlich auf leider noch vorhandene Geschlechterungerechtigkeiten hinzuweisen, und auf diese Art möglichst junge Frauen von unseren Ideen zu überzeugen und für unsere Arbeit zu gewinnen, wollen wir einen Motto-Infostand organisieren. Für diese Aktion erhoffen wir uns die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF).

4.2. Infostände und Flyer

Auch in diesem Jahr wollen wir Jusos wieder mit Infoständen in der Öffentlichkeit präsent sein. Es hat sich gezeigt, dass regelmäßig wir damit viele Personen ansprechen können.

Auch die Flyer, die sich dabei verteilen lassen, erfüllten ihren Zweck und sollen bei einer erhöhten zweiten Auflage wieder verwendet werden. Wir werden diesen Flyer, als Instrument der Außenwerbung, auch dieses Jahr weiterverwenden und noch einen weiteren Flyer oder eine kleine Infobroschüre erstellen, die rechte Aktivität in der Region Ulm zum Thema haben wird. Er soll die Aufgabe erfüllen, den Ulmer Bürgern aufzuzeigen, wie viele rechtsextreme Umtriebe in ihrer eigenen Stadt bisher stattfanden und welcher Art sie waren.

Da viele Ulmer rechte Aktivitäten nur als etwas wahrnehmen, dass fernab stattfindet, sehen wir es als notwendig an, sie eines Besseren zu belehren.

4.3. Gewerkschaften

Aufgrund der Reformpolitik der letzten Jahre, die maßgeblich von SPD-Regierungen initiiert und mitgetragen wurde, die aber die Lage von lohnabhängig Beschäftigten, besonders Geringverdiener/Innen, und Arbeitslosen nachweislich nicht eben verbessert hat, haben sich die Gewerkschaften mehr und mehr von der Sozialdemokratie entfernt. Die verlorenen Wählerpotenziale wurden von der so genannten „Linkspartei“ dankbar übernommen, und fehlen nun den Kandidat/Innen der SPD. Fuß gefasst haben aber auch radikalere Gruppierungen.

Wir wollen im nächsten Jahr vermehrt auf die Gewerkschaften und vor allem deren Jugendorganisationen zugehen und den politischen Dialog wieder stärker aufneh-

men. Wir wollen mit den Gewerkschaften Ideen diskutieren und daraus entstandene Konzepte in unserem Programm vertreten. Besonders in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik erhoffen wir uns, von den Gewerkschaften neue Anregungen zu erhalten.

Wir hoffen natürlich auch, darüber neue Mitstreiter/Innen für uns zu gewinnen, und so die SPD wieder an die Gewerkschaften heranzuführen.

4.4. Studiengebühren

Eine fortlaufende Positionierung gegen die Einführung und das Beibehalten von Studiengebühren ist uns auch im kommenden Arbeitsjahr wichtig. Auf der gemeinsamen Grundlage der Ablehnung von Studiengebühren wollen wir daher gemeinsam mit der Juso-Hochschulgruppe und möglicherweise auch zusammen mit MdB Hilde Mattheis eine Aktion gegen Studiengebühren starten. Dabei wollen wir über Studiengebühren in Baden-Württemberg informieren, wie auch unsere Einstellung ihnen gegenüber zum Ausdruck bringen.

4.5. Juso-Fortbildungsseminare

Unsere geplanten Seminare haben unter anderem auch die Aufgabe bisher passive Jusos dazu zu bewegen aktivere Mitglieder zu werden. Und sei es nur als Teilnehmer eines interessanten Seminars. Unter diesen Gesichtspunkt planen wir folgende Seminare durchzuführen:

- **„Wie betreibe ich Wahlkampf und was habe ich dabei zu beachten!“** Da die Jusos von heute dazu motiviert werden sollen politische Verantwortung zu übernehmen, möchten wir ein Seminar durchführen, das sie dabei ganz konkret unterstützt. Wir hoffen eine Person zur Durchführung dieses Seminars zu gewinnen, die schon mal Wahlkampf-Manager gewesen ist und bereit ist ihr dabei gesammeltes Wissen und ihre dabei gemachten Erfahrungen mit uns zu teilen. Mit diesem Seminar können wir auch SPD-Mitglieder aktivieren, die mit dem Gedanken spielen sich irgendwann einmal für eine Wahl aufzustellen.
- **Menschenrechtsverletzungen in Deutschland.** Immer wenn Amnesty International ihr Jahrbuch herausbringt, gehört Deutschland zu den Staaten, über die am wenigsten zu berichten ist. Aber jedes Jahr gibt es auch bei uns Fälle,

über die Ai berichten muss. Gemeinsam wollen wir ergründen, was die Hintergründe dieser Fälle sind und wie sie sich in Zukunft vermeiden lassen.

- **„Frieden schaffen ohne Waffen!“** Das war schon immer das Motto von allen Pazifisten. Und auch alle Juso-Gliederungen von den Kreisverbänden bis zum Jusobundesvorstand sind sich einig darin dass man zivilen Lösungen Vorrang vor militärischen Interventionen geben sollte. Aber wer Forderungen über ein bestimmtes Gebiet stellt, sollte auch über dieses Gebiet bescheid wissen. Deshalb werden in diesem Seminar die zivilen Möglichkeiten zur Kriegs- und Krisenintervention, sowie ihre realen Erfolgsaussichten, vorgestellt. Dabei erfahren wir, dass zivile Krisenprävention, zivile Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ein professionelles Handwerk ist. Als Referenten für dieses Seminar hoffen wir eine/n Aktiven aus der Friedensforschung zu gewinnen.
- **„Moderne linke Alternativen zum neoliberalen Mainstream“:** Gemeinsam mit ReferentInnen, z.B. aus Bundes- oder Landesgliederungen der SPD bzw. ihrer Arbeitsgemeinschaften oder parteinaher Organisationen wollen wir glaubhafte linke Alternativen zum Sozialstaatsabbau-, Haushaltskonsolidierungs- und Wirtschaftsliberalisierungsmainstream diskutieren. Wir hoffen dabei, auch Angehörige anderer Kreisverbände in Baden-Württemberg für solche Ideen gewinnen zu können.
- **„Mentoring-Programm für junge Genossinnen“:** Wir wollen versuchen, nach dem Vorbild des Bundesverbandes, ein Programm aufzubauen, in dem junge Genossinnen von erfahreneren Amts- oder Mandatsträgerinnen „an die Hand genommen“ werden, das politische Tagesgeschäft erklärt bekommen, und lernen, die versteckten Schwierigkeiten für weibliche Politiker zu meistern.

4.6. Aktion zum Umweltschutz

Dieses Jahr wollen wir uns auch verstärkt dem Umweltschutz widmen. Aus diesem Grunde haben wir vor gemeinsame Aktionen mit Umweltschutzverbänden zu veranstalten. Wir planen u.a. gemeinsame Infostände, etc., z.B. über den Klimawandel.

Des weiteren haben wir vor uns über regenerative Energien und die Gefahren/ Nachteile von fossiler/ nuklearer Energie zu informieren. Daher wollen wir ein AKW sowie eine Anlage für regenerative Energien besuchen.

4.7. Welt-Aids-Tag

Jedes Jahr stecken sich alleine in Deutschland zwischen 2000 und 3000 Menschen mit HIV an. Tendenz eher steigend. Die Lage in anderen Regionen der Welt, vor allem südlich der Sahara, ist viel verheerender. Doch an Aufklärungsarbeit mangelt es auch im eigenen Land. Deshalb wollen wir anlässlich des Welt-Aids-Tages einen Aufklärungs- und Diskussionsabend organisieren. Wenn die Möglichkeit besteht wollen wir diese Veranstaltung in Kooperation mit der Aids-Hilfe in Ulm durchführen. Dadurch signalisieren wir auf der einen Seite Interesse an der Arbeit der Aids-Hilfe, aber vor allem wollen wir Offenheit gegenüber HIV-Positiven an den Tag legen.

4.8. Zentrum für Folteropfer

Die Ulmer Jusos planen zusammen mit Amnesty International ein Praxisprojekt, bei dem wir uns mit den Menschenrechten beschäftigen wollen. Eine Möglichkeit ist, das Zentrum für Folteropfer in Ulm zu besuchen.

Diese wichtige Einrichtung betreut psychisch traumatisierte Flüchtlinge aus allen Krisenregionen der Welt. Jedoch besteht die Gefahr, dass diese essentielle Hilfe für Flüchtlinge von staatlicher Seite gestrichen wird. Gegen die Schließung wollen sich die Jusos gemeinsam mit Amnesty International aussprechen. Dies kann durch eine gemeinsam verfasste Resolution oder ein gemeinsames Öffentlichkeitsprojekt passieren.

4.9. Kommunale Ortsbegehungen

Die PG Kommunales erarbeitet für die Kommunalwahl im Jahr 2009 ein Wahlprogramm. Stück für Stück wollen wir dieses Programm in die Position der SPD einbringen. Um die nötige Kenntnisse für einen Antrag zu erlangen, versuchen wir, bei jedem kommunalpolitischen Thema eine Ortsbegehung oder ein direktes Gespräch mit Betroffenen durchzuführen. Dadurch werden wir bei dieser Zielgruppe wahrgenommen und gewinnen potentielle Unterstützer unseres Programms. Gleichzeitig schärfen solche Besuche und Gespräche das Realitätsbewusstsein aller Jusos.

5. Bündnisse und Zusammenarbeit

Um unsere Positionen innerhalb der SPD und ihrer Gliederungen, zumindest auf Kreisebene, bekannter zu machen, wollen wir verstärkt Sitzungen dieser Gliederun-

gen besuchen und uns dabei darüber auszutauschen. Auch wollen wir unsere eigenen Veranstaltungen innerhalb der Partei stärker publik machen.

Besonders die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Juso KV Neu-Ulm wollen wir ausbauen.

Auch die MandatsträgerInnen wollen wir versuchen in unsere Arbeit einzubeziehen. Wir hoffen darauf, dass wir von ihrem Wissen in den jeweiligen Fachgebieten profitieren können.

6. Wahlen

6.1. Kommunalpolitik

Im Laufe des letzten Jahres hat die Projektgruppe „Kommunales“ Eckpunkte für ein eigenes Kommunalwahlprogramm der Ulmer Jusos erarbeitet.

Die PG „Kommunales“ wollen wir weiter erhalten. Ihre Aufgabe soll sein, die Eckpunkte zu einem vollständigen Programm auszuarbeiten, das wir in die Ulmer SPD einbringen werden. Wir wollen ein Programm schaffen, das zwar die dringenden Themen nicht vernachlässigt, aber trotzdem neben den klassischen kommunalen Themen auch neue, kreative Ideen beinhaltet. Als politische Jugendorganisation sind wir auch darauf bedacht, dass die Belange der jungen Ulmerinnen und Ulmer besonders berücksichtigt werden. Da die Eckpunkte gemeinsam mit den Jusos Neu-Ulm verfasst wurden, ist ein weiterer Aspekt dieses Programms die bestehende Zusammenarbeit der beiden Teilstädte weiter zu fördern.

Wir werden dafür kämpfen, dass unser Programm möglichst vollständig in das Programm der Ulmer SPD aufgenommen wird. Klar ist für uns, dass wenn wir einen Teil des Programms der Ulmer SPD erstellen, wir von unserem Kreisverband erwarten, dass unsere Stadtratskandidat/Innen auch von der Ulmer SPD unterstützt werden. Dazu wollen wir, wie auch im Punkt „Mitgliedergewinnung“ näher erläutert, verstärkt versuchen ortsgebundenere Mitglieder zu werben.

6.2. OB-Wahl Dezember 2007

Im Dezember 2007 wird in Ulm die nächste Oberbürgermeisterwahl stattfinden.

Besonders in der zweiten Jahreshälfte haben wir deshalb vor, durch unsere eigenen Infostände und durch gemeinsame Stände mit den SPD-Gliederungen (Ortsvereine, Kreisverband) den Wahlkampf der Ulmer SPD zu unterstützen. Wir sehen es als

Grundvoraussetzung an, dass der/die KandidatIn keine von uns abgelehnte Positionen vertritt. Dazu wir wollen wir ein direktes Gespräch mit dem Kandidaten/der Kandidatin führen.